

Maßnahmen gegen die

Krankmachende Lebensmittel werden in Österreich zu stark beworben, kritisieren Experten. Unsere Regierung müsse Kinder besser schützen, Gesundes soll billiger werden.

Laut einer aktuellen Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind insbesondere Kinder und Jugendliche nach wie vor zu stark der Werbung für ungesunde Lebensmittel ausgesetzt. Österreich hinkt bei der Umsetzung von Präventionsmaßnahmen stark nach, so das Österreichische Akademische Institut für Ernährungsmedizin (ÖAIE). Die Regierung wird aufgefordert, „endlich aktiv zu werden“. Gesunde Lebensmittel müssen billiger gemacht werden. Auf europäischer Ebene und in Ländern wie Großbritannien und Deutschland stünden Maßnahmen wie Werberestriktionen und Eingriffe in die Preisgestaltung von Lebensmitteln bereits auf der politischen Tagesordnung, so das ÖAIE.



Unsere Kinder werden immer ungesünder – die Regierung soll gegensteuern

FOTOLIA

Durch ungesunde Ernährung bedingtes Übergewicht zählt zu den Hauptrisikofaktoren für Erkrankungen wie Herzinfarkt und Schlaganfall, die nach wie vor Todesursache Nummer eins sind. Darüber erhöhe Übergewicht das Risiko für über zehn verschiedene Krebsarten deutlich. „Bereits jetzt ist knapp ein Viertel aller 13- bis 17-Jährigen zu dick, Tendenz stark steigend. Wir müssen daher bereits im Kindesalter mit wirkungsvollen Präventionsmaß-

nahmen beginnen, um nicht eine Generation an chronisch Kranken heranzuziehen“, forderte Kurt Widhalm, Präsident des ÖAIE.

Zahnlose Maßnahmen

2010 unterzeichneten 192 WHO-Mitgliedsstaaten – darunter auch Österreich – eine Resolution, weltweit die Werbung für Junkfood einzudämmen. Eine neue Studie belegt, dass die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichen.

Dickmacher



Die WHO fordert Regierungen dazu auf, gesetzlich bindende Maßnahmen zu schaffen und Produzenten zur Rechenschaft zu ziehen, die sich nicht an Restriktionen halten. „Es ist schockierend, wie in Österreich für nachweislich krankmachende Produkte wie fettes Fleisch oder Softdrinks geworben werden darf“, kritisiert Widhalm.

Während in Österreich bisher kaum wirkungsvolle Maßnahmen getroffen wurden, brachte

die EU eine neue Gesetzesvorlage ein, wonach die Nahrungsmittelindustrie freiwillig Werbung für Ungesundes einschränken soll. Zudem solle Werbung künftig keine positiven Aspekte hervorheben dürfen, wenn das Produkt insgesamt einen zu hohen Anteil an Fett, Zucker oder Salz enthält. Und: Gesunde Produkte billiger zu machen, sei „die beste Möglichkeit, das Ernährungsverhalten der Menschen positiv zu beeinflussen“, sagt Widhalm.